

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 1204 08
Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d



Inhalt

37. Jahrgang / 43

4. März 1982

Alfred Emmerlich MdB, Vorsitzender des Arbeitskreises Rechtswesen der SPD-Bundestagsfraktion, warnt vor überschnellen Verurteilungen in der sogenannten Spendenaffäre.

Seite 1/2

Egon Lutz MdB, Stellvertretender Vorsitzender des Arbeitskreises Sozialpolitik der SPD-Bundestagsfraktion, erläutert die jüngsten Arbeitsmarktdaten der Bundesanstalt für Arbeit.

Seite 3/4

Wilhelm Nöbel MdB kritisiert, das hysterische Untertöne in den zivilen Bevölkerungsschutz hineingetragen werden.

Seite 5-7

Buchbesprechung
Sozialdemokraten im Kampf um die Freiheit.

Seite 8

Keine Vorverurteilung

In der Spendenaffäre kommt es auf einen schnellen Abschluß an

Von Dr. Alfred Emmerlich MdB
Vorsitzender des Arbeitskreises Rechtswesen der SPD-Bundestagsfraktion

Der Deutsche Richterbund hat in einer Presseerklärung darauf hingewiesen, die Staatsanwaltschaft habe einen Anspruch darauf, daß ihr nicht ohne berechtigten Anlaß sachwidrige Motive unterstellt würden.

Dem ist zuzustimmen. Der Bundeskanzler hat vor der SPD-Bundestagsfraktion darüber hinausgehend erklärt, er wolle nicht den Eindruck erwecken, daß die Staatsanwaltschaft Augenmaß vermissen lasse.

Nach der Strafprozeßordnung ist die Staatsanwaltschaft verpflichtet, gegen alle verfolgbaren Straftaten einzuschreiten, sofern zureichende tatsächliche Anhaltspunkte vorliegen.

Niemand sollte der Bonner Staatsanwaltschaft unterstellen, daß sie im Zusammenhang mit Parteispenden Ermittlungsverfahren ohne das Vorliegen hinreichender tatsächlicher Anhaltspunkte eingeleitet hat.

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0228) 8 12-1.



Was Kritik ausgelöst, ist, daß in der Presse Teile von Ermittlungsakten veröffentlicht worden sind, und daß die Medien über die Einleitung von Ermittlungsverfahren berichten und dabei die Namen der Beschuldigten und die Straftaten bezeichnet haben, die Gegenstand der Ermittlungsverfahren sind.

Ein Ermittlungsverfahren wird eingeleitet, um festzustellen, ob eine Straftat begangen wurde. Die Mehrzahl der Ermittlungsverfahren wird eingestellt, weil sich herausstellt, daß keine Straftat gegeben ist, oder daß kein für eine Anklageerhebung hinreichender Beweis vorliegt. Die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens rechtfertigt also keineswegs den Schluß, daß der Betroffene schuldig ist, nicht einmal, daß gegen ihn ein begründeter Verdacht besteht.

Gleichwohl werden, wenn die Medien über die Einleitung von Ermittlungsverfahren berichten, derartige ungerechtfertigte Schlüsse gezogen. Deshalb darf die Staatsanwaltschaft nicht öffentlich machen, daß sie gegen eine bestimmte Person wegen einer bestimmten Straftat ein Ermittlungsverfahren eingeleitet hat.

Die Staatsanwaltschaft ist darüber hinaus verpflichtet, im Rahmen ihrer Möglichkeiten dafür zu sorgen, daß die Namen der von Ermittlungsverfahren Betroffenen nicht in die Öffentlichkeit geraten.

Es muß nämlich vermieden werden, daß Ermittlungsverfahren für die Betroffenen zur Schädigung ihres Rufs und ihres Ansehens führen, zumal derartige Schäden in der Regel auch durch eine spätere Einstellung des Verfahrens, nicht behoben werden können.

Es gibt keine Beweise dafür, daß die Staatsanwaltschaft Bonn gegen diese Pflichten verstoßen hat.

Gleichwohl stehen der Gegenstand, der von der Staatsanwaltschaft Bonn eingeleiteten Ermittlungsverfahren und die Namen der Betroffenen in den Medien. Es hat Berichterstattungen und Kommentierungen gegeben, die auf eine Vorverurteilung hinauslaufen. Angesichts dieses schwerwiegenden Tatbestandes muß von der Staatsanwaltschaft erwartet werden, daß sie den Betroffenen unverzüglich mitteilt, auf Grund welcher tatsächlichen Anhaltspunkte es zur Einleitung der Ermittlungsverfahren gekommen ist, damit diese die Möglichkeit erhalten, dazu Stellung zu nehmen. Die Staatsanwaltschaft Bonn muß zusätzlich alles tun, damit die Ermittlungsverfahren so schnell wie möglich zu einem Anschluß gebracht werden.

(-/4.3.1982/bgy/va)

+ + +



Eine Verbesserung, die nicht hoffen macht

Zu den Februar-Daten der Bundesanstalt für Arbeit

Von Egon Lutz MdB

Stellvertretender Vorsitzender des Arbeitskreises
Sozialpolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Die Tatsache, daß die Zahl der Arbeitslosen die zwei Millionen-Grenze nicht überschritten hat, kann nur die beruhigen, die an statistischen Feinheiten Geschmack finden. Denn es ist ein offenes Geheimnis, daß diese Schallmauer schon seit längerem durchbrochen ist, rechnet man die nicht registrierten Arbeitslosen hinzu.

Nun zu den neuesten Zahlen im einzelnen: Die Gesamtzahl der Arbeitslosen lag im Februar bei 1,935 Millionen; dies entspricht einer Quote von 8,1 Prozent. Gegenüber dem Vormonat waren 14.400 Personen weniger arbeitslos, sind ganz 0,7 Prozent. Gegenüber dem Februar des Vorjahres stieg die Arbeitslosenzahl um 635.000, dies entspricht einer Steigerung um nahezu die Hälfte.

Schaut man sich die Entwicklung bei den männlichen Arbeitssuchenden an, so wird deutlich, daß die Verbesserung gegenüber dem Vormonat rein saisonalen Einflüssen zuzuschreiben ist. Die Konjunkturschwäche wirkt sich unvermindert aus, verstärkt durch strukturelle Probleme. Im Februar hatten wir weiterhin eine hohe Zahl männlicher Arbeitssuchender, nämlich 1.144 Millionen, dies entspricht einer Quote von 7,8 Prozent. Gegenüber dem Januar ist diese Ziffer mit 8.600 nur minimal gesunken.

Bei den Frauen sah die Entwicklung wie folgt aus: Die Gesamtzahl betrug 790.000 oder 8,6 Prozent; dies entspricht einer Verminderung von 5.700 gegenüber dem Vormonat. Im Vergleich zum Februar des Vorjahres waren dies allerdings 215.000 weibliche Arbeitssuchende mehr. Es zeigt sich auch hier die ungebrochene negative Tendenz, beide Geschlechter sind in den Erwerbchancen stark behindert.

Bei den Jugendlichen zeichnet sich keine Verbesserung ab: Die Zahl blieb im Februar wie im Januar gleich bei 165.000 oder 7,6 Prozent. Im Februar waren 1.000 Schwerbehinderte mehr arbeitslos als im Januar, das entspricht einer Steigerungsrate von ein Prozent. Auch diese Entwicklung ist konjunkturell bedingt. Von den 59jährigen waren im Februar 98.000 arbeitslos, dies bedeutet eine Verringerung von 2,1 Prozent, in Zahlen 2.000: Hier lassen sich erste Auswirkungen der Neuregelung im Arbeitsförderungskonsolidierungsgesetz konstatieren.

Denn es muß nicht unbedingt positiv sein, wenn hier rückläufige Tendenzen sichtbar werden. Wahrscheinlich ist, daß sich die Arbeitslosigkeit auf andere Altersgrup-



pen verlagert hat. Die weitere Entwicklung bei dieser Problemgruppe bleibt noch abzuwarten.

Alles in allem gesehen, kann der Rückgang der Arbeitslosenzahlen im Februar nicht hoffen machen. Nirgendwo ist eine Tendenzwende sichtbar. Im Gegenteil: Die besorgniserregenden Positionen in der Arbeitsmarktstatistik verstetigen sich von Monat zu Monat. Umso unabweisbarer wird es sein, die von der Bundesregierung vorgelegte und heute von den Koalitionsparteien im Deutschen Bundestag eingebrachte Gemeinschaftsinitiative für Arbeitsplätze, Wachstum und Stabilität unverzüglich in die Wirklichkeit umzusetzen. Zugegeben: Auch davon werden keine Wunderdinge zu erwarten sein, aber immerhin könnten der negative Trend gebrochen und wirkliche, nicht nur saisonale Besserungen erreicht werden.

Wenn die Union wie angekündigt bei ihrer Politik des sturen Nein bleibt, verewigt sie die Hoffnungslosigkeit der Arbeitslosen in der Bundesrepublik, verursacht einen weiteren Anstieg der Sozialkosten und provoziert eine gesellschaftspolitische Situation, die sich letztlich mit tödlicher Sicherheit nicht nur gegen die selbstzufriedenen Verweigerer in Bundestag und Bundesrat richten wird. Die Sozialdemokraten sollten nicht zögern, mit harten Bandagen für die Verwirklichung des Beschäftigungsprogramms zu fighten und jene vor der Öffentlichkeit bloßzustellen, die Arbeitslosigkeit nur als politische Manövierrasse begreifen und mit den Lebensschicksalen vieler hunderttausender Schindluder treiben.

(-/4.3.1982/bgy/va)

+ + +



Bangemachen ist fehl am Platze

Zum Stand der zivilen Verteidigung

Von Dr. Wilhelm Nöbel MdB

In erster Linie sind es Schweden und die Schweiz, die mit ihrem hohen Standard im zivilen Bevölkerungsschutz als beispielhaft und nachahmenswert für die Bundesrepublik Deutschland herangezogen werden. Dazu führt man warnend die Maßnahmen im Ostblock ins Feld, von manchen gerne so überzogen, als sollten sie uns das Fürchten lehren. Jetzt hat US-Präsident Reagan die zivile Verteidigung entdeckt. Bald also wird man sicherlich seine Vorstellungen auch bei uns diskutieren.

Bisher regte sich kaum jemand über die nicht vorhandenen amerikanischen Schutzvorkehrungen auf. Die sonst so flotten Kritiker machten es sich recht leicht; schließlich sei die Ausgangslage in den USA mit derjenigen Europas nicht vergleichbar. Die mangelnde Vorsorge etwa im benachbarten Frankreich störte sie seltsamerweise dabei genauso wenig; wir seien ja "näher dran", so der Grundtenor.

Anders die breite Öffentlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland, die genau deshalb, weil sie sich im Ernstfall als diejenige verstehen muß, die nicht nur näher, sondern als erste dran ist, eigentlich resigniert, oder die Fragen und Probleme verdrängt hat. Wo hat denn auch nur ein einziger der Teilnehmer an einer Friedensdemonstration außer für Abrüstung und gegen Nachrüstung, außer für oder gegen etwas anderes für eben das demonstriert, was noch näher liegt, so wie das Hemd näher ist als der Rock, schlicht und einfach für den Schutz der Bevölkerung, um den es doch eigentlich und überhaupt geht. Der wohl auch dann noch gefragt ist, wenn das Rüstungspotential von heute wesentlich heruntergezant wäre.

Auch dann bedeutete ein Krieg gerade in Mitteleuropa ohnehin dessen Ende. Darin liegt der Grund für Resignation und für Problemverdrängung. Verständlich. Logisch folgt daraus natürlich die gewiß - bei aller möglichen Vieldeutigkeit - richtige Erkenntnis, der Ernstfall sei heute der Frieden. Ihn nur zu bewahren, heißt es, reiche nicht. Frieden müsse regelrecht und wahrhaftig geplant werden. Der zivilen Verteidigung stellen sich neue Aufgaben. So habe sie mehr als bis jetzt die soziale Komponente miteinzubeziehen. Ein Konzept sozialer Verteidigung fehle gänzlich.

So diskutieren einige wenige unter sich, sozusagen unter Ausschluß der Öffentlichkeit, die von alledem nichts wissen will. Weder das ernsthafte Engagement eines Carl Friedrich von Weizsäcker, noch die politischen Bemühungen in Bonn und den Bundesländern, die bekanntlich für den friedensmäßigen Katastrophenschutz zuständig sind, haben über die in den Hilfsorganisationen meist ehrenamtlich Tätigen hinaus besondere Eindrücke hinterlassen.

Dennoch ist manches vorangebracht und erreicht worden:

- Für den Schutzraumbau, vor sieben Jahren noch auf dem Nullpunkt, stehen trotz der schwierigen Finanzsituation in diesem Jahr 89,2 Millionen DM (1981: 68,1 Millionen DM) zur Verfügung;
- bis 1990 läuft ein Konsolidierungsprogramm von zusätzlich 1,15 Milliarden DM für den erweiterten Katastrophenschutz, das den Hilfsorganisationen meist in Form neuer Fahrzeuge, ABC-Züge, Geräte zugute kommt;



- die unerlässliche Vereinfachung der recht umständlichen Zivilschutzgesetzgebung wird zügig vorangetrieben;
- ein Gesundheitssicherstellungsgesetz - einige Tücken sind noch zu beseitigen - wird bald im Entwurf vorliegen;
- der Nachholbedarf in der Koordinierung der zivil-militärischen Zusammenarbeit auf allen Verwaltungsebenen wurde schrittweise, wenn auch noch nicht zufriedenstellend ausgebaut;
- die Aufklärung der Bevölkerung konnte erheblich verbessert werden;
- große Fortschritte erzielte die deutsche Katastrophenmedizin;
- der Hubschrauber-Rettungsdienst gilt als vorbildlich in Europa.

Dies der Stand heute. Einiges mehr als nichts. Und mit sichtbar steigender Tendenz zeichnen sich weitere Fortschritte ab. Müßig der Hinweis darauf, daß die nicht mehr wettzumachenden Versäumnisse in der Wiederaufbauphase der Bundesrepublik, bis in die sechziger Jahre hinein, zu suchen sind. Daran läßt sich nichts ändern. Deshalb hinkt der Vergleich mit Schweden und der Schweiz. Natürlich auch aus anderen Gründen.

Was jetzt der amerikanische Präsident plant, wird, wenn es sich überhaupt realisieren läßt, auf starke Widerstände stoßen. Erste, und zwar ganz massive Kritik aus der Wissenschaft liegt bereits vor. Teils sind dies alte Schubladenpläne, die mangels finanzieller Mittel einerseits und als nicht vereinbar mit der Entspannungspolitik, so hieß es zwischenzeitlich andererseits, nicht zum Tragen kamen. Falls der US-Präsident tatsächlich, wie beabsichtigt, in den nächsten Jahren circa 2,5 Milliarden Dollar locker machen kann, wird er damit nur einen kleinen Teil der amerikanischen Bevölkerung vor Bomben etwas mehr Sicherheit bieten können. Wer zunächst in Frage kommt, ist für ihn klar: Diejenigen, die in Schlüsselpositionen tätig sind, in der Rüstungsindustrie vor allem. Ist solche Zielsetzung der eigentliche zivile Bevölkerungsschutz? Doch wohl nicht.

Präsident Reagan beruft sich auf Moskau, wie hiesige Warner auch. Recht seltsam diese Eintracht. Nun mag in einer Diktatur Organisieren leichter sein. Aber hat jemand gefragt, woher die Sowjets, der Ostblock insgesamt, das Geld nehmen könnten. Haben die, die bei uns gerne den Vergleich militärischer Ausgaben mit denjenigen für die zivile Verteidigung fortwährend stupide strapazieren, wobei sie gleichzeitig die militärische Überlegenheit des Ostens propagieren, auch nur eine einzige Sekunde darauf zu forschen verwandt, wie man drüben finanziert?

Als ob von der Spree bis zum Ural sich Bunker an Bunker reihte. Absurd, solche Gedankenlosigkeit.

Zugegeben, alles wissen wir nicht. Aber die Menschen in der Sowjetunion offenbar nicht mehr. So dieser Tage ein westlicher Journalist, der berichtet, die sowjetische Zivilschutzplanung stimme nur auf dem Papier: "Jahrelang konnte man bei jedem beliebigen Moskauer heiteres Erstaunen mit der Frage auslösen, ob er wisse, wie er sich im Falle eines Atomkrieges zu verhalten habe. Zwar hatte fast jeder vage Erinnerungen an frühere Belehrungen, aber nirgendwo war eine - nur annähernd systematische - Vorbereitung der Bevölkerung auf eine nukleare Katastrophe festzustellen. Seit einem Jahr - der 'Neubeginn' fiel gewiß nicht ganz zufällig mit dem Amtsantritt der Regierung Reagan zusammen - ist solche Aufklärungstätigkeit indessen intensiviert worden."



Es ist davon auszugehen, daß die zivilen Bunker in der Sowjetunion fast alle aus dem Zweiten Weltkrieg stammen. Selbst die Atomkriegstauglichkeit der tiefgelegenen Moskauer Metro wird bezweifelt. Es gibt ein jüngstes Beispiel aus Moskau, wie hilflos die zuständigen Katastrophenorganisationen vor den Trümmern eines eingestürzten Großgebäudes standen. Und wenn dort Aufklärungsbroschüren in Auflagen von einhundert- bis zweihunderttausend Exemplaren gedruckt werden, liegt diese Auflagenhöhe unter der entsprechender Broschüren in der Bundesrepublik Deutschland.

Also auch dort wird nur "mit Wasser gekocht". In Ostberlin das gleiche Bild: Der Zivilist schaut auf die Frage nach sicheren Schutzräumen genauso erstaunt drein wie der in Moskau.

Ob in den USA, in Frankreich, in der Bundesrepublik, der DDR, in Polen oder der Sowjetunion: Die öffentliche Meinung in Sachen Zivilverteidigung ist mehr oder weniger gleich passiv. Eine Feststellung, nicht mehr. Indes, es kann nicht genug gewarnt werden vor falschen Propagandisten. Worauf kommt es an? Verantwortliche Politik - und beschränken wir uns auf die Bundesrepublik Deutschland - darf nicht verharmlosen. Richtig ist, daß bei uns zivile Verteidigung unter dem Dach Zivilschutz angesiedelt und dem friedensmäßigen Katastrophenschutz zugeordnet ist. Daher kommt diese Politik der Friedens- und Entspannungspolitik nicht ins Gehege. Im Gegenteil, zur Sicherung des Friedens im Innern gehört der Schutz der Bevölkerung vor Katastrophen jedweder Art.

Was es zu tun gilt, hat dieser Tage ein Expertengespräch mit hundert Teilnehmern in Köln erneut bewiesen. Für eine Vorbereitung, für Handreichungen, Hinweise und Auskünfte, für Antworten auf die Frage, wie man sich bei einem schweren Störfall in einem Chemie- oder Kernkraftwerk verhält, ist die breite Öffentlichkeit, vor allem in Industriegebieten durchaus sensibel.

Wer wünschte sich schon einen gefährlichen Chlorausbruch, eine Brandkatastrophe! Ausschließen kann man sie nicht, jedoch Vorsorge treffen. Da ist vieles nachzuholen, wenn der Ernstfall heute der Frieden ist. (-/4.3.1982/ks/va)

+ + +



Buchbesprechung

Als Grotewohl nachgab

Gert Gruner / Manfred Wilke, Sozialdemokraten im Kampf um die Freiheit,
Die Auseinandersetzung zwischen SPD und KPD in Berlin 1945/46.
Piper-Verlag München, DM 16,--

Bundestagsvizepräsidentin Annemarie Renger hat in einem vor kurzem erschienenen Buch über ihre Gespräche mit dem damaligen SPD-Vorsitzenden Kurt Schumacher Weihnachten 1945 in Hannover berichtet. Schumachers Kernsatz: "Der Grotewohl schafft es nicht, wir müssen etwas tun, damit die Welle der Einheitspartei nicht nach Westdeutschland schwappt." Es ging um die Frage, wie sich die Sozialdemokraten gegenüber den Angeboten der Kommunisten zur organisatorischen "Einheit" verhalten sollten. Der Vorsitzende des SPD-Zentralausschusses in Berlin, Otto Grotewohl, hatte zwar noch im Oktober 1945 versprochen, lieber die Partei in der sowjetisch besetzten Zone aufzulösen als sie in die Zwangsvereinigung zu führen. Dieses Versprechen galt Schumacher aber schon deshalb nicht viel, weil die Sozialdemokraten der "Ostzone" unter dem Druck der sowjetischen Besatzungsmacht standen.

Die entscheidende Weichenstellung für die durch Lockungen und Drohungen zustande gekommene Vereinigung von SPD und KPD zur SED im April 1946 fand wenige Tage vor Weihnachten 1945 statt. Am 20. und 21. Dezember 1945 trafen sich in Berlin je 30 sozialdemokratische und kommunistische Funktionäre, um die Vereinigung vorzubereiten und die noch stark vorhandenen Vorbehalte der SPD-Mitglieder zu überspielen. Das von Gert Gruner und Manfred Wilke herausgegebene Buch "Sozialdemokraten im Kampf um die Freiheit" enthält das vollständige stenografische Protokoll dieser Konferenz, das bisher nicht gedruckt vorlag und das - wen überrascht es? - in DDR-Publikationen nur bruchstückhaft herangezogen worden ist. Dieses Protokoll ist ein unverändert aktuelles Dokument der SPD-Geschichte - vor allem im Hinblick auf die Auseinandersetzung mit Kommunisten.

Am 4. November 1945 hatten in Österreich Parlamentswahlen stattgefunden. Die SPÖ errang 76, die KPÖ vier Sitze. Von diesem Tag an war für Stalin und seine deutsche Ablegerpartei klar, daß eine scheindemokratisch arrangierte "Einheit" von Kommunisten und Sozialdemokraten zur politischen Absicherung der sowjetischen Einflußsphäre erforderlich war. Wie die DKP heute, sprach die KPD damals von "Aktionseinheiten". Durch politische Zusammenarbeit sollte die Vereinigung vorbereitet werden.

Grotewohl leistete bei der "Sechziger-Konferenz" im Dezember 1945 noch inhaltlichen Widerstand: "In unseren Mitgliedschaften ist eine tiefgehende Mißstimmung gegen die kommunistische Bruderpartei zutage getreten." Grotewohl beklagte sich über die Diskriminierung der sozialdemokratischen Zeitungen bei der Papierzuteilung und spielte auf Zeitgewinn. Er verlangte eine "reichsweite" Vereinigung von KPD und SPD, wohl wissend, daß sie dann nicht zustande käme, und schlug vor, zunächst die Ergebnisse der geplanten Kommunalwahlen abzuwarten. Die Wortführer der KPD, Pieck und Ulbricht, hatten vor freien Wahlen begreiflicherweise panische Angst und boten im Gegenzug bei den Programmberatungen für die "Einheitspartei" weitgehende Zugeständnisse an - ein Entgegenkommen, das machtpolitisch wenig kostete.

Während Grotewohl bei Eröffnung der Konferenz seine Einwände noch mannhaft vortrug, schwenkte er bereits am nächsten Tag um und betonte stärker die "Gemeinsamkeiten". Dies deutet darauf hin, daß Grotewohl von allgegenwärtigen Sowjetoffizieren persönlich unter Druck gesetzt und ihm bei Wohlverhalten ein hohes Amt in Aussicht gestellt worden ist.

Das - zumindest teilweise - unfreiwillige Ja der 30 SPD-Funktionäre zur "Einheit" bedeutete nicht einmal persönlichen Schutz. Einige der 30 Sozialdemokraten wie Erich Gniffke und Gustav Dahrendorf flüchteten kurze Zeit später in den Westen. Zwei andere, Willi Jessé und Stanislaw Trabalski, wurden nach Sibirien deportiert. (-/4.3.1982/lo/hi)

Jochen Loreck

Vernünftiger Umgang
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier

